

**Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)**
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Verantwortlich
Christian Noll, Experte für Energieeffizienz
Telefon: 030/ 275 86 – 436

Rüdiger Rosenthal, Pressesprecher
Telefon: 030 / 275 86 – 425
Fax 030 / 275 86 - 440

**Industriergewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Jörg Herpich

Telefon 069 / 95 737 - 135
Fax 069 / 95 737 - 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Mediendienst

4. Juni 2010 – PM 40/2010

IG BAU und BUND warnen vor Kürzungen bei CO₂-Gebäudesanierung

Brief an Kanzlerin Merkel: Rotstift nicht bei Klimaschutz und Beschäftigung ansetzen

Berlin/Frankfurt am Main – Die Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) haben die Bundesregierung vor deren Kabinettsklausur davor gewarnt, „den Rotstift beim Klimaschutz anzusetzen“. In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Merkel sowie an die Bundesminister Schäuble (Finanzen), Röttgen (Umwelt) und Ramsauer (Bau) appellierten IG BAU und BUND, Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung nicht zusammenzuziehen.

Der Bundeszuschuss für die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der KfW dürfe 2011 nicht - wie geplant - um knapp 500 Millionen Euro niedriger ausfallen als in diesem Jahr. Statt der vorgesehenen 870 Millionen Euro müssten die Programme mit 1,5 Milliarden Euro jährlich mittelfristig gesichert werden. Ebenso sei es notwendig, die direkte Förderung für Kommunen zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude aufrechtzuerhalten. „Zwanzig Prozent des gesamten bundesweiten CO₂-Ausstoßes gehen auf das Konto aller Gebäude in Deutschland. Sie sind sogar für vierzig Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich. Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, die Förderung einer energetischen Sanierung zusammenzuziehen“, sagte der Bundesvorsitzende der Umwelt-Gewerkschaft IG BAU, Klaus Wiese-hügel. Er verwies zugleich auf die Beschäftigungsimpulse, die die Programme insbesondere für kleine und mittlere Handwerksbetriebe brächten.

Nach Angaben von IG BAU und BUND sind drei Viertel aller Wohnungen in Deutschland energetisch sanierungsbedürftig. Dies seien rund 29 Millionen Wohnungen. Hinzu kämen noch einmal rund 150.000 Schulen und Kindergärten, die umweltgerecht saniert werden müssten. „Hier gibt es ein enormes Potenzial, CO₂ einzusparen. Wer da kürzt, streicht den Klimaschutz mit dem Rotstift zusammen“, sagte der BUND-Vorsitzende, Hubert Weiger.

IG BAU und BUND verweisen in ihrem Schreiben an die Bundeskanzlerin auf die Wirkung der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme: „Sie sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hoch effizient, da ein Förder-Euro ein Vielfaches an privatem Kapital zu Investitionszwecken mobilisiert“, so Wiesehügel und Weiger. Es komme darauf an, auch in einer ernsten Haushaltslage die richtigen Prioritäten für die Zukunft zu setzen.

(2226 Zeichen)